



## Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 24. April 2026

### **Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 27. April 2026**

Fokusthemen: **EKZ, Initiativen und Entgegennahmen**

*Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag nach dem Eintritt eines neuen Ratsmitglieds und der Wahl dreier neuer Kommissionsmitglieder mit drei Einzelinitiativen beschäftigen. Anschliessend stehen neun Vorstösse auf der Traktandenliste, welche der Regierungsrat entgegennehmen möchte. Eine längere Debatte ist zur Amtszeitbeschränkung des EKZ-Verwaltungsrates zu erwarten. Danach wird sich der Rat bis zum Ende der Sitzung parlamentarischen Initiativen widmen.*

#### **EI zu Schulübertritt, Erbschaftssteuer und Ausgleichskasse**

Normalerweise keine langen Diskussionen gibt es zu Einzelinitiativen (EI), also Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Zu einem späteren Zeitpunkt entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Eine Person aus Zürich verlangt, dass künftig der Übertritt in die Sekundarstufe I selektionsfrei erfolgen und die Sekundarschule wie die Primarschule ohne Abteilungen und Anforderungsstufen geführt werden soll ([KR-Nr. 55/2026](#)). Eine Person aus Wädenswil will unverheiratete kinderlose Personen berechtigen, eine natürliche Person zu bestimmen, welche erbschafts- und schenkungssteuerrechtlich einem Ehegatten gleichgestellt ist ([KR-Nr. 137/2026](#)). Und eine Person aus Kilchberg schlägt vor, dass die Informationen zum «Individuellen Konto» bei der Ausgleichskasse automatisch und regelmässig allen versicherten Personen zugestellt werden, damit betroffene Personen Beitragslücken in der AHV rechtzeitig schliessen können ([KR-Nr. 136/2026](#)).

#### **Regierungsrat will 3 Motionen und 6 Postulate entgegennehmen**

Rasch behandeln wird der Kantonsrat 9 Vorstösse, die als Entgegennahmen traktandiert sind. Das bedeutet, dass sich der Regierungsrat bereit erklärt hat, die Motionen und Postulate entgegenzunehmen. Der Rat muss nun darüber befinden, ob er diese diskussionslos der Regierung überweisen will. Verlangt auch nur ein Mitglied des Rates eine Diskussion, verbleibt ein solcher Vorstoss auf der Traktandenliste und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer Diskussion im Parlament, über eine Überweisung entscheiden.

SVP-Kantonsrat Tobias Weidmann möchte, dass an allen Zürcher Volksschulen die Nutzung von privaten Smartphones, Tablets und Notebooks für Schülerinnen und Schüler verboten wird ([KR-Nr. 367/2025](#)). SVP-Kantonsrat Tobias Infortuna fordert ein Kopftuchverbot an sämtlichen öffentlich-rechtlichen Schulen und Kindergärten ([KR-Nr. 379/2025](#)). FDP-Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel möchte zur Förderung des Wohnungsbaus, dass temporäre Sonderzonen, sogenannte weisse Zonen in Bauzonen eingeführt werden können ([KR-Nr. 16/2026](#)). FDP-Kantonsrat Stephan Weber wünscht sich, dass künftig energetische Sanierungen von Gebäuden in der Regel baubewilligungsfrei sind ([KR-Nr. 17/2026](#)). Die Finanzkommission (FIKO) und die Geschäftsprüfungskommission (GPK) wollen die Geschäftsleitung (GL) des Kantonsrates beauftragen, eine gesetzliche Grundlage vorzulegen für die Schaffung einer ständigen Aufsichtskommission über die kantonale Digitalisierung und die damit verbundene Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ([KR-Nr. 41/2026](#)). SP-Kantonsrätin Renata Grünenfelder fordert eine kantonale Strategie, die den gesetzlichen Rahmen für die erfolgreiche Umsetzung des Konzepts «ambulant vor stationär» schafft ([KR-Nr. 72/2026](#)). SP-Kantonsrätin Pia Ackermann möchte vom Regierungsrat wissen, welche Gebühren in

welcher Höhe bei Praxen, Institutionen und Personal in der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung anfallen und welche neuen Gebühren in Planung sind ([KR-Nr. 74/2026](#)). Gleich zwei Postulate stammen aus der Feder von Benjamin Krähenmann, Kantonsrat der Grünen. Er will den Regierungsrat einerseits beauftragen, eine Strategie zu erarbeiten, um die digitale Souveränität des Kantons Zürich langfristig sicherzustellen ([KR-Nr. 83/2026](#)), und andererseits Richtlinien zur Sicherstellung der kantonalen IKT-Infrastruktur zu erlassen ([KR-Nr. 84/2026](#)).

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), 079 412 59 66  
Tobias Infortuna (SVP, Egg), 079 667 71 01  
Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55  
Stephan Weber (FDP, Wetzikon), 079 441 40 00  
FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 700 22 21  
GPK-Präsidentin: Alexia Bischof (Die Mitte, Wädenswil), 079 452 13 37  
Renata Grünenfelder (SP, Zürich), 079 306 19 40  
Pia Ackermann (SP, Zürich), 079 774 22 33  
Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich), 079 625 28 61

### **Amtszeitbeschränkung von 12 Jahren im EKZ-Verwaltungsrat**

Eine längere Debatte dürfte es zur Amtszeitbeschränkung für Mitglieder des Verwaltungsrates der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) geben. Die Geschäftsleitung (GL) beantragt dem Kantonsrat mit 7 zu 6 Stimmen das EKZ-Gesetz so zu ändern, dass die Amtszeit der EKZ-Verwaltungsräte auf 12 Jahre beschränkt wird ([KR-Nr. 229/2024](#)). Ein strategisches Gremium wie der EKZ-Verwaltungsrat, ist die Mehrheit der GL überzeugt, muss den Herausforderungen der Gesellschaft und des Marktes, im vorliegenden Fall der Energieversorgung, gewachsen sein und immer wieder neue Ideen und Strategien entwerfen können. Dank einer kontinuierlichen Erneuerung des Verwaltungsrates kann dieses neue Wissen einfließen. Die EKZ erhielten damit die im Bankrat der Zürcher Kantonalbank (ZKB) bewährte Amtszeitbeschränkung. Für das Präsidium würde eine gesonderte Regel festgeschrieben, wonach mit der Wahl ins Präsidium die Amtszeit erneut zu laufen beginnt. Die Gesetzesänderung geht auf eine parlamentarische Initiative von Grünen-Kantonsrat Thomas Forrer zurück. Eine Minderheit von SVP und FDP möchte an der bisherigen Regel festhalten und auf Erfahrung setzen. Gerade in Krisen habe sich die Erfahrung der Verwaltungsratsmitglieder bewährt. Sie lehnt deshalb eine neue Regelung ab.

Referentin der GL: Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen), 078 649 76 60  
Minderheit: Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), 079 412 59 66

### **PI zu Budgetverfahren, PI und PFAS**

Bis zum Sitzungsende wird sich der Rat mit ein paar parlamentarischen Initiativen (PI) beschäftigen. Dabei geht es vorerst darum zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Zwei PI, die am Montag behandelt werden, stammen von der GL. Diese will einerseits verschiedene problematische Punkte des Budgetverfahrens optimieren ([KR-Nr. 89/2026](#)). Dabei geht es um die Finanzplanung, die KEF-Erklärungen und die Finanzmotion sowie um Grösse und Zusammensetzung der FIKO und deren Verhältnis zu den Sachkommissionen. Andererseits soll das Verfahren der parlamentarischen Initiative im Sinne eines Bundesgerichtsentscheids strenger strukturiert bzw. das Anhörungs- und Vernehmlassungsverfahren besser integriert werden ([KR-Nr. 90/2026](#)). Grünen-Kantonsrat Benjamin Krähenmann möchte, dass der Kanton Zürich beim Bund eine Standesinitiative mit dem folgenden Ziel einreicht: Der Bund soll dafür sorgen, dass eine Abgabe auf PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) an der Quelle erhoben wird und damit ein Fonds gespiesen wird zur Deckung sämtlicher Sanierungskosten in Zusammenhang mit PFAS ([KR-Nr. 128/2026](#)).

Referentin der GL: Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach), 079 427 11 17  
Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich), 079 625 28 61

**Personelles:**

Zu Beginn der Sitzung steht der Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates an. Als Nachfolger von Michèle Dünki wird der 67-jährige Gemeindepräsident Kurt Altenburger (SP, Rafz) sein Amtsgelübde leisten (KR-Nr. 141/2026). Danach steht die Wahl dreier Kommissionsmitglieder an. Rafael Mörgeli (SP, Stäfa) ersetzt Michèle Dünki in der STGK ([KR-Nr. 110/2026](#)), Priska Lötcher (SP, Winterthur) übernimmt das STGK-Präsidium von Michèle Dünki ([KR-Nr. 111/2026](#)). Und David Garcia Nuñez (AL, Zürich) wird für Lisa Letnansky Einsitz in die KJS nehmen ([KR-Nr. 138/2026](#)). Die Wahlvorschläge der IFK sind unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12